

FDP
Die Liberalen

79. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!



**Jetzt mit TWINT,
Kreditkarte oder auf
Rechnung spenden**

EDITORIAL

Gemeinden als Schlüssel zu den Wahlen 2027

von Filippo Leutenegger

Seite 3

WAHLEN

Was den Wahlkampf in den unterschiedlichen Regionen des Kantons prägt

Bericht der FDP Hinwil, Illnau-Effretikon,
Stadt Zürich und Winterthur

Seite 4–5

ABSTIMMUNGEN UND INITIATIVEN

Linke Wohnungsinitiativen im Kanton Zürich und nationale Abstimmungen

Seite 6–13



Kommunalwahlen mit Signalwirkung

Die bevorstehenden Kommunalwahlen sind der Auftakt zu einer politischen Trilogie bis 2027. Was heute in den Gemeinden entschieden wird, hat Wirkung weit über die Gemeindegrenzen hinaus. Die FDP ist lokal stark verankert, mit engagierten Kandidierenden, die Verantwortung übernehmen und das Milizsystem leben. Ein starkes Resultat gibt Rückenwind für die kantonalen und nationalen Wahlen. Entscheidend sind dabei auch bürgerliche Allianzen: Wo Freisinn, Die Mitte und SVP zusammenarbeiten, entstehen stabile Mehrheiten für eine liberale Politik statt eines linken Umverteilungsstaats. Der Weg zu den Wahlerfolgen von 2027 beginnt jetzt – vor Ort, in jeder Gemeinde.



Liebe Freisinnige

Blicken wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen, zeigt sich: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist massiv unter Druck. Der Präsident der Vereinigten Staaten zum Beispiel handelt mit seinem imperialistischen Gehabe, seiner Zollpolitik und mit seinen Drohgebärden entgegen allen Prinzipien, für welche wir Freisinnige eintreten: Anstand und Verlässlichkeit, Freihandel, eine regelbasierte Weltordnung und Rechtsstaatlichkeit. Unser Land lebt von Respekt, institutioneller Stärke und einer politischen Kultur des Ausgleichs – nicht von Krawall, Personenkult und Dauerempörung. Aber auch in unserem Land gibt es Handlungsbedarf.

Mit der FDP die Schweiz schützen

Deshalb hat die FDP an der Delegiertenversammlung in Genf ein Positionspapier mit elf konkreten Forderungen verabschiedet. In der Schweiz nehmen Gewaltverbrechen und Drogenkriminalität mit all ihren schlimmen Begleiterscheinungen zu. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Der Staat vernachlässigt seine Kernaufgabe, den Schutz der Menschen zu gewährleisten. Ein Grund liegt in einem Justizsystem, das Täterrechte zu stark gewichtet, statt den Opferschutz ins Zentrum zu stellen. Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität bei. Während die Linke diese Problematik

tabuisiert, gefährdet die SVP mit ihrer Chaosinitiative die internationale Polizeiarbeit. Durch den unausweichlichen Wegfall von Schengen/Dublin würden die Sicherheitsbehörden faktisch blind. Für die FDP hat Sicherheit oberste Priorität, auch wenn dies finanzielle Mittel und neue politische Prioritäten erfordert. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Die Forderungen im Positionspapier reichen von strenger Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten über längere vorläufige Festnahmen bis zur landesweiten Einführung des dynamischen Electronic Monitoring.

Mit der FDP am 8. März Geschichte schreiben

Der Wechsel zur Individualbesteuerung ist überfällig. Heute zahlen viele Ehepaare mehr Steuern als Unverheiratete mit gleichem Einkommen – das ist unfair. Mit der Individualbesteuerung wird jede Person unabhängig vom Zivilstand besteuert: transparent, zeitgemäss und gerecht. Etwa 50 % der Bevölkerung zahlen künftig weniger Steuern, für 36 % ändert sich nichts. Nur 14 % zahlen leicht mehr. Insgesamt werden die Haushalte um rund 600 Millionen Franken entlastet, besonders der Mittelstand profitiert. Tieferer Steuern auf dem Lohn – das ist beispiellos! Übrigens greift der Vorwurf wachsender Bürokratie definitiv zu kurz: Zwar gibt es einen einmaligen Umstellungsaufwand, doch Digitalisierung und das ein-

fachere Steuersystem gleichen den Mehraufwand schnell aus. Neu gilt: eine Person, eine Steuererklärung, ein Leben lang – unabhängig von Heirat, Trennung oder Scheidung.

Mit der FDP vernünftige Klimapolitik betreiben

Die Klimafonds-Initiative bringt hohe Kosten und Bürokratie, ohne dass der Klimaschutz wirksamer wird. Unternehmer und Konsumentinnen würden zusätzliche Abgaben tragen, was Preise erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schwächt. Kantone, Gemeinden und Firmen müssten neue Melde- und Kontrollpflichten erfüllen, während die Mittelverwendung intransparent bleibt. Ein starrer Fonds ist weniger flexibel als bestehende Programme und führt nicht automatisch zu mehr Emissionsreduktionen. Effektiver sind gezielte Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Innovationen. Die Initiative belastet Wirtschaft und Bevölkerung stark, ohne die Klimaziele sicherer zu erreichen. Deshalb NEIN zur Klimafonds-Initiative!

Susanne Vincenz-Stauffacher

Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlemann

Co-Parteipräsident und Ständerat

Gemeinden als Schlüssel zu den Wahlen 2027

Editorial des Präsidenten

Die Kommunalwahlen von März und April 2026 sind von grosser Bedeutung. Vor den kantonalen und nationalen Wahlen im Frühling respektive Herbst 2027 haben sie Signalwirkung weit über die Gemeindegrenzen hinaus. Es freut mich darum, an vielen Auftritten in den Gemeinden zu sehen, wie viele starke Kandidierende für die FDP antreten. Unterstützen wir sie!

Die FDP ist in den Zürcher Gemeinden stark verankert. Unsere Vertreterinnen und Vertreter stehen mitten im Leben, sind in Vereinen aktiv und bringen ihre Erfahrung aus Unternehmertum und Wirtschaft ein. Sie leben das Milizsystem.

Genau diese Nähe zur Bevölkerung macht den Unterschied: Probleme werden früh erkannt, Lösungen pragmatisch umgesetzt und Verantwortung konkret übernommen. Starke Gemeinden sind der Schlüssel zu einem starken Kanton.

Besonders erfreulich ist, dass die FDP in verschiedenen Gemeinden neu das Präsidium erobern will. Das zeigt Selbstvertrauen, aber vor allem auch, dass wir über hervorragendes Personal verfügen, dem die Bevölkerung Verantwortung zutraut.

Gemeinsam Mehrheiten gewinnen

Dieses Vertrauen beruht auf klaren freisinnigen Prioritäten: bessere Rahmenbedingungen und spürbare Entlastung für Mittelstand und KMU, weniger Bürokratie, ein schlanker Staat – und eine Volksschule, die sich auf ihren Kernauftrag konzentriert. Wenn die FDP nun in den kommunalen Wahlen in Zürich gewinnt, gibt das Rückenwind für die kommenden kantonalen und nationalen Wahlen und verleiht uns Freisinnigen auch in anderen Regionen Auftrieb.

Erfolg entsteht jedoch nicht im Alleingang. Allianzen sind entscheidend, um Mehrheiten für unsere Kandidierenden und für eine bürgerliche, liberale

Politik zu gewinnen. Das gilt nun für die Kommunalwahlen. Und es gilt auch für die anstehenden kantonalen und nationalen Wahlen.

«Bürgerliche Kräfte können gemeinsam mehr erreichen, ohne ihr eigenes Profil aufzugeben.»

Wallisellen und Winterthur: Zwei Beispiele zeigen, wie es geht

Wie wirkungsvoll und unverkrampft solche Allianzen gelebt werden können, zeigen zwei Beispiele. In Wallisellen spannen FDP, Die Mitte und SVP in der Allianz «4 gewinnt» zusammen, um wieder eine Mehrheit im Stadtrat zu gewinnen, unterstützt auch vom örtlichen Hauseigentümerverband und vom Gewerbeverein. In Winterthur hat sich das «Team4Winti» formiert, in dem die Stadtratskandidierenden von FDP, SVP und der Mitte gemeinsam auftreten. Diese Beispiele zeigen, dass bürgerliche Kräfte gemeinsam mehr erreichen können, ohne ihr eigenes Profil aufzugeben.



Solche Kooperationen sind ein wirksames Mittel, um stabile Mehrheiten für bürgerliche Politik zu schaffen und den von links getriebenen «Nanny-Staat» einzudämmen. Sie sind auch für die kantonalen und nationalen Wahlen 2027 anzustreben.

Freisinn beginnt vor Ort

Gerade in den Gemeinden zeigt sich, was freisinnige Politik heisst: mehr Wohnraum durch effizientere Bewilligungsverfahren und weniger unnötige Auflagen, Mobilität ohne Verbote mit freier Wahl des Verkehrsmittels, Umweltschutz mit Anreizen statt Ideologie sowie eine nachhaltige Finanzpolitik – ohne Umverteilung und nicht auf Kosten kommender Generationen.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen als Auftakt zur politischen Wahl-Trilogie sind entscheidend. Sie geben den Takt für die kommenden kantonalen und nationalen Wahlen vor. Jetzt gilt es, gemeinsam anzupacken. In jeder Gemeinde – in jedem Quartier. Hier beginnt der Weg zu den nächsten freisinnigen Wahlerfolgen.

Vielen Dank für Ihr grosses Engagement.

Herzliche Grüsse

Filippo Leutenegger
Präsident FDP Kanton Zürich

Parolen zu den nationalen Abstimmungen am 8. März

✗ Nein	Nein zur «Bargeld-Initiative»	Nein zur «SRG-Initiative»	Nein zur «Klimafonds-Initiative»
✓ Ja	Ja zum Gegenentwurf der «Bargeld-Initiative»	Ja zur Individualbesteuerung	

www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen

AGENDA

26. Febr.: Hybride OP/BP-Konferenz

8. März: Abstimmungssonntag und Wahlen

20. März: Sessionsapéro

7. April: Kantonale Delegiertenversammlung

WAHLEN

FDP Hinwil: Stark aufgestellt in eine anspruchsvolle Wahl

Die FDP Hinwil geht aus einer Position der Stärke in den Wahlkampf für die neue Legislatur. In der laufenden Amtsperiode sind wir die stärkste Kraft in der Gemeinde und stellen aktuell drei von sieben Sitzen im Gemeinderat, einen von fünf Sitzen in der Schulpflege sowie drei von sieben Sitzen in der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Diese Resultate sind kein Zufall, sondern Ausdruck unserer konsequenten Arbeit: Es gelingt uns immer wieder, engagierte und geeignete Persönlichkeiten für Gemeindeämter zu finden, aufzubauen und langfristig einzubinden.

Die Ausgangslage für die kommenden Wahlen ist jedoch anspruchsvoll. Im Gemeinderat steht ein Rücktritt an, den wir mit einem neuen Kandidaten kompensieren wollen. Gleichzeitig bringt die Einführung der Einheitsgemeinde zusätzliche Dynamik: Einer der sieben Gemeinderatssitze wird künftig mit dem Schulpräsidium verbunden, wodurch ein weiterer Gemeinderatssitz bereits vergeben wird. Um den zweiten frei werdenden Sitz kommt es zu einer Kampfwahl mit der SVP. Generell ist festzuhalten, dass in sämtlichen Behörden mit Kampfwahlen zu rechnen ist.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen unsere Sitze in allen Gremien verteidigen und zusätzlich das Prä-

sidium der RPK gewinnen – auch hier in direkter Konkurrenz zur SVP. Trotz der Herausforderungen blicken wir optimistisch nach vorne, sind uns aber bewusst, dass dieser Wahlkampf intensive Arbeit erfordert.

Hinwil ist eine weitläufige Landgemeinde. Entsprechend setzen wir auf eine breite und gezielte Wahlkampagne. Die Wildplakatierung an strategischen Verkehrsknotenpunkten spielt dabei eine zentrale Rolle und wird tatkräftig von unseren Mitgliedern unterstützt. Ergänzend dazu bauen wir – wie bereits seit den letzten Erneuerungswahlen – stark auf unsere Präsenz in den sozialen Medien mit ge-

zielter Werbung für das Gemeindegebiet. Hinzu kommen Inserate in der Gemeindezeitung «Top Hinwil», Auftritte sowie Verteilaktionen im Dorfzentrum und in den Aussenwachen.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler unseres Engagements ist die konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Unser Anspruch ist es, für alle Funktionen die bestmögliche personelle Besetzung für Hinwil zu erreichen.

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren: Plakatierung, Inserate und Verteilaktionen sind in Planung. Die FDP Hinwil ist bereit für einen intensiven Wahlkampf – engagiert, lösungsorientiert und mit einem klaren Fokus auf eine starke Zukunft unserer Gemeinde.



Philipp Casutt
Ortsparteipräsident FDP Hinwil

WAHLEN

Wahlkampf im Spannungsfeld von Stadt und Land

Die kommunalen Wahlen 2026 rücken näher und mit ihnen die Stadtrats-, Parlaments- und Behördenwahlen in Illnau-Effretikon. Die politischen Ausgangslagen sind dabei alles andere als einfach. Unsere Stadt bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen den Zentren Zürich und Winterthur – geprägt von Urbanisierung, Pendlerströmen und sich wandelnden gesellschaftlichen Erwartungen. In diesem Umfeld liberal-bürgerliche Politik der FDP zu vertreten, verlangt Klarheit, Präsenz und Überzeugungsarbeit.

Hinzu kommt die besondere geografische Struktur der Gemeinde. Das Gemeindegebiet reicht vom Sennhof im Tösstal über Kyburg bis nach Fehraltorf im Kemptthal. Rund 20 Ortsteile, verteilt auf knapp 40 Quadratkilometer, bilden mit 18 039 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Stadt, die ländliche und urbane Lebensrealitäten auf einzigartige Weise verbindet. Diese Verbindung erhält hier eine andere Dimension – politisch wie gesellschaftlich. Wer Politik für Illnau-Effretikon machen will, muss diese Vielfalt verstehen und ernst nehmen.

Der Wahlkampf lebt deshalb vom direkten Kontakt. Unterschriftensammlungen, Standaktionen und

vor allem persönliche Gespräche sind zentrale Instrumente, um Vertrauen aufzubauen und Anliegen aufzunehmen. Entscheidend ist dabei die sichtbare Präsenz aller kandidierenden Personen der FDP.

Mit 36 Kandidierenden für das Parlament stellt die FDP ein breit abgestütztes Team. Unterschiedliche Altersgruppen, Wohnorte und Berufe sorgen für eine gute Durchmischung – Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Stadt einzusetzen. Die FDP tritt zudem für alle Behördenämter mit eigenen Kandidierenden an. Eine zusätzliche Herausforderung besteht darin, den Sitz der Jungliberalen in die Reihen der FDP zu bringen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass es bei einem Frauenanteil von knapp einem Drittel nach wie vor nicht einfach ist, diese für vordere Listenplätze zu gewinnen – ein Thema, dem sich die Partei weiter stellen muss.

Eine zentrale Herausforderung bleibt es, mehr Listenstimmen für die FDP zu gewinnen. Sie entscheiden über Sitzgewinne, werden aber oft unterschätzt. Ein geschlossenes Auftreten, klare Botschaften und Mobilisierung sind deshalb entscheidend.

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die FDP diese Herausforderungen mit Nähe, Engagement und Verständnis für die Stadt meistert.



Katharina Morf
Mitglied Stadtparlament Illnau-Effretikon
WaKo-Präsidentin FDP Illnau-Effretikon
FDP-Bezirksparteipräsidentin Bezirk Pfäffikon

WAHLEN

Kontrast statt Konsens

Politische Bevormundung, ideologische Fixierungen und enger werdender Handlungsspielraum hemmen die Entwicklung der Stadt Zürich.



Wie bleibt die Stadt Zürich beweglich, lebenswert und wirtschaftlich stark? Um darauf zu antworten, wurden Mitte 2024 in Thinktanks mit Mitgliedern aktuelle politische Positionen kritisch überprüft und eine Agenda für Zürich erarbeitet: unsere erste Publikation im Wahlkampf. Zusammen mit einer Partneragentur entstand daraus das Umbrella-Statement «Zürich befreien». Der Claim spiegelt keine Einzelmassnahme wider, sondern die übergeordnete Haltung der FDP.

Haltung bewahren

Die Leadkampagne bündelt vier zentrale Herausforderungen: Mobilität, Wohnraum, Wirtschaftsstandort und Unsicherheit im öffentlichen Raum. Starke Worte und reale Bilder schaffen es, die politische

Komplexität zu reduzieren, ohne sie zu vereinfachen. Das Resultat: eine politische Haltung, die sichtbar wird, ohne erklärt werden zu müssen.

Sichtbarkeit erhöhen

Am 8. März 2026 einen Wähleranteil von 20% zu erreichen, bedingt zu wissen, wofür wir uns einsetzen, wie wir Gleichgesinnte erreichen und sichtbar sind. Dafür haben wir uns ein genaues Bild der Wählergruppierungen gemacht. Genauso wichtig sind unsere Kandidierenden, weshalb wir das blaue Buch neu aufgesetzt haben: unsere zweite Publikation. Das Handbuch dient der persönlichen Wahlkampf vorbereitung und erklärt, welche Instrumente jedem Einzelnen zur Verfügung stehen. Nach strate-

gischer und inhaltlicher Planung folgten die Modernisierung des CD sowie das Erfassen der enormen Datenmenge der 125 Kandidierenden, um daraus klassische Werbemittel zu erstellen. Für den Wahlkampf wurden 6,4t Material bedruckt. Die Inhalte werden über vier Kanäle veröffentlicht.

Die Leitkampagne (Juni bis Herbst 2025) zielte auf das **Warum**, die ersten Stadtrats- und Stadtpräsidiumskampagnen auf das **Kennenlernen**. Nun sind wir mit der Kandidatenkampagne in neun Wahlkreisen präsent. Eine Intensivierung der Stadtrats- und Stadtpräsidiumskampagnen folgt. Für mehr Sichtbarkeit und Nahbarkeit sind nun alle Kandidierenden aufgefordert, mit Standaktionen, Flyern, Give-aways, Podien und Events mit den Wählenden in Kontakt zu treten, um Zürich gemeinsam von Links-Grün zu befreien.



Patrik R. Brunner
Wahlkampfleiter & Vizepräsident FDP Stadt Zürich

WAHLEN

Damit Winterthur vorwärtskommt!

Winterthur wählt am 8. März, wie die Stadt Zürich, ein neues Stadtpräsidium. Diese Rolle hat der Mitte-Vertreter Mike Künzle, auch liebevoll «Stadtvater» genannt, die letzten 13 Jahre ausgefüllt. Mit dem freisinnigen Stadtrat Stefan Fritschi soll weiterhin ein Bürgerlicher als Stadtoberhaupt amten. Stefan Fritschi tritt gegen einen Kandidaten der Sozialdemokraten an.

Insgesamt kandidieren 13 Personen für 7 Sitze im Stadtrat. Mit Romana Heuberger kandidiert eine weitere Freisinnige und erfahrene Politikerin für eine der zwei Vakanzen im Stadtrat. Bereits bei den Wahlen 2022 erreichte sie das absolute Mehr für einen Sitz im Stadtrat, schied aber als überzählig aus. Bei den diesjährigen Wahlen bildet die FDP zusammen mit Andreas Geering (Die Mitte) und Christian Hartmann (SVP) ein bürgerliches Ticket – das «Team4Winti». Gemeinsame Auftritte in der Öffentlichkeit untermauern die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den drei Parteien. Zu den politischen Schwerpunkten zählen bezahlbarer Wohnraum, weniger Regulierung, Sicherheit

und Sauberkeit und ein sorgsamer Umgang mit den Stadtfinanzen.

In der Schulpflege kommt es ebenso zu zwei Vakanzen. Anna Graf, Vizepräsidentin der Schulpflege und Schulleiterin, tritt für eine weitere Legislatur an. Der zweite freisinnige Vertreter, Markus Fischer, tritt nach einer Legislatur zurück. Diesen Sitz wollen wir mit der Arbeits- und Organisationspsychologin Barbara Götz verteidigen. Die Schulpflege Winterthur besteht aus sieben Mitgliedern und wird aktuell von Stadträtin Martina Blum (Grüne) présidiert.

Im Stadtparlament stellt die FDP 9 von 60 Sitzen. In den letzten beiden Wahlen konnte je ein Sitz dazugewonnen werden. Selbstredend will die FDP auch bei

den diesjährigen Wahlen zulegen und einen zehnten Sitz gewinnen. Wir treten mit einer gut durchmischten Liste von 60 topmotivierten Kandidierenden an. Von aufstrebend bis sehr erfahren ist jede Generation vertreten. Der Frauenanteil beträgt rund ein Drittel.

Winterthur verdient mehr als die innovationsfeindliche Haltung und die ideologischen Blockaden, welche in der Politik herrschen. Diese Strukturen gilt es endlich aufzubrechen, damit die Stadt prosperiert. Passend dazu unser Wahlslogan: Damit Winterthur vorwärtskommt!



Samuel Inauen und Martin Kleiner
Co-Wahlkampfleiter
FDP Winterthur



«Mehr Wohnungen statt mehr Staat»

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») mit 114 zu 59 Stimmen abgelehnt. Den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission empfiehlt der Rat indes mit 114 zu 59 Stimmen zur Annahme. Am 14. Juni kommt die Vorlage an die Urne. FDP-Fraktionspräsident Claudio Zihlmann erklärt, weshalb die FDP die Initiative klar ablehnt, den Gegenvorschlag aber unterstützt.

Lieber Claudio: Weshalb lehnt die FDP die Wohnungsinitiative klar ab?

Die Initiative der Grünen verlangt eine kantonale Wohnbaugesellschaft mit mindestens 500 Millionen Franken Startkapital, welche günstige Wohnungen ermöglichen soll. Die Initiative verspricht somit mit unseren Steuergeldern einen teuren Systemwechsel, ohne das Kernproblem zu lösen. Das Hauptproblem ist nämlich die Knappheit: Es fehlen Wohnungen. Die Initiative setzt, wie immer bei den Vorhaben der Linken, auf mehr Staat und noch mehr Staat – gepaart mit einer satten Umverteilung. Was wir aber brauchen, sind schnellere Verfahren, mehr Planungssicherheit und Anreize, damit überhaupt mehr gebaut wird – von Privaten, Genossenschaften und institutionellen Bauträgern. Dazu haben wir Anfang Januar im Kantonsrat ein Vorstosspaket eingereicht, das unter anderem die unsäglichen Rekurse endlich einschränken möchte.

Was ist aus deiner Sicht der entscheidende Unterschied zwischen Initiative und Gegenvorschlag?

Die Initiative sagt: «Der Staat soll selbst zum grossen Player am Wohnungsmarkt werden.» Der Gegenvorschlag sagt: «Der Staat soll die Rahmenbedingungen so setzen, dass mehr Wohnraum entstehen kann.» Das ist ein grundlegender Unterschied. Der Gegen-

vorschlag nimmt den Druck am Markt ernst, ohne die falsche Antwort zu geben. Er stärkt das, was wirkt: Investitionen ermöglichen, Verfahren vereinfachen, Planungs- und Rechtssicherheit erhöhen – damit die Bautätigkeit wieder anzieht.

Was sagst du dem Mittelstand, der oft weder von subventionierten Angeboten noch von Genossenschaftswohnungen profitiert?

Genau deshalb müssen wir beim Angebot ansetzen. Der Mittelstand trägt die Last hoher Mieten am stärksten – und er fällt bei vielen Unterstützungsmodellen durch die Maschen. Was dem Mittelstand hilft, ist ein funktionierender Wohnungsmarkt mit ausreichend Wohnungen, mehr Auswahl und weniger Druck. Der Gegenvorschlag ist dafür der richtige Weg: Er setzt bei den Ursachen an – bei Bauland, Verfahren, Dichte und Planungssicherheit –, statt eine neue staatliche Struktur zu schaffen. Zudem müssen wir genau hinschauen und durchsetzen, dass nur die Personen von preisgünstigen Wohnungen profitieren, die in wirtschaftlich prekären Verhältnissen leben. Dazu haben wir in der Stadt Zürich das Referendum gegen ein rot-grünes Vorhaben ergriffen, das bei preisgünstigen Wohnungen nur bei Einzug die wirtschaftlichen Verhältnisse kontrolliert und danach nie mehr. Absurd, oder? Gemäss den



Claudio Zihlmann ist Fraktionspräsident der FDP im Zürcher Kantonsrat und Präsident der FDP 7+8. Beruflich arbeitet er als Leiter Wirtschaftspolitik bei der Zürcher Handelskammer. Davor war er in der Konsumgüterindustrie bei Procter & Gamble sowie in der Finanzindustrie bei UBS tätig.

Linken könnte jemand 50 Millionen Franken erben und immer noch in einer preisgünstigen Wohnung leben. Das ist das Abbild der rot-grünen Politik in der Stadt Zürich. Dagegen wehren wir uns.

FDP will das Bauen beschleunigen und vereinfachen

Weniger Staat, weniger Bürokratie und Regulierung, mehr Wohnungen: Mit zwei Motionen und einem Postulat will die FDP das Bauen im Kanton Zürich vereinfachen und beschleunigen. Übertriebene staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt, ein weitgehender Denkmalschutz und eine überbordende Bürokratie verhindern heute den Bau von dringend benötigtem Wohnraum und tragen zu höheren Mieten bei. Hier setzen die Vorstösse der FDP an. Erstens sollen Rekurse den Wohnungsbau nicht länger lähmen: Das Baurekursrecht von Dritten ist auf die baurechtlichen Masse der Volumensetzung

und die Nutzung zu beschränken; Rekurrenten müssen ihre persönliche Betroffenheit begründen. Zweitens fordert die FDP: Keine Baubewilligung für energetische Sanierungen – etwa Fensterersatz, Dämmungen oder Einbau erneuerbarer Wärmezeugungen. Drittens sollen «Weisse Zonen» als temporäre Sonderzonen den Gemeinden erlauben, Wohnungsbau in klar definierten Gebieten gezielt zu fördern – bei Bedarf mit Bedingungen wie günstige Wohnungen oder Alterswohnungen.

QR-Code zur Medienmitteilung:



ABSTIMMUNGEN / INTERVIEW

Warum der Gegenvorschlag zur Wohnschutzinitiative der bessere Weg ist

Der Zürcher Kantonsrat hat in der Wohnpolitik eine klare Weichenstellung vorgenommen. Die Wohnschutzinitiative wurde deutlich abgelehnt, der Gegenvorschlag hingegen zur Annahme empfohlen. Damit anerkennt der Rat die Sorgen rund um Leerkündigungen, lehnt aber weitergehende Eingriffe wie einen faktischen Mietzinsdeckel ab. Kantonsrätin Doris Meier erklärt im Interview, weshalb sie den Gegenvorschlag unterstützt – und warum Zürich mehr Wohnraum statt mehr Regulierung braucht.

Frau Meier, der Kantonsrat hat die Wohnschutzinitiative klar abgelehnt – den Gegenvorschlag aber gutgeheissen. Was ist die Botschaft dieses Entscheids?

Der Kantonsrat hat ein deutliches Signal gesetzt: Ja, wir nehmen die Sorgen rund um Leerkündigungen ernst. Aber wir wollen keine Wohnpolitik, die am Ende weniger Wohnungen schafft. Die Initiative wurde klar verworfen, während der Gegenvorschlag breit abgestützt ist. Das zeigt: Es braucht gezielte und verhältnismässige Massnahmen – keine ideologisch motivierten Eingriffe, die den gesamten Wohnungsmarkt verunsichern.

Sie unterstützen den Gegenvorschlag. Was macht ihn aus Ihrer Sicht besser als die Initiative?

Der Gegenvorschlag anerkennt soziale Härten bei grossen Bauprojekten mit vielen Leerkündigungen, verzichtet jedoch bewusst auf pauschale Markteingriffe. Er gilt bei baubewilligungspflichtigen Projekten mit mindestens 20 betroffenen Mietverhältnissen und verpflichtet Eigentümer und Eigentümerinnen zur frühzeitigen Information und Unterstützung. Gleichzeitig verzichtet er auf Mietzinskontrollen und eine generelle Baubewilligungspflicht. Denn wir dürfen nicht vergessen: Mehr Wohnraum entsteht nur, wenn auch weiterhin investiert, erneuert und verdichtet werden kann.

Die Initianten sprechen von Wohnschutz. Sie hingegen warnen vor einem «Mietzinsdeckel durch die Hintertür». Warum?

Weil die Initiative weit über den Mieterschutz hinausgeht. Sie macht Abbrüche, Umbauten und Sanierungen bewilligungspflichtig und erlaubt Mietzinsauflagen – ein faktischer Eingriff in die Mietzinsgestaltung. Besonders kritisch ist dies für Ersatzneubauten: Im Kanton Zürich entstehen pro abgerissene Wohnung durchschnittlich 2,8 neue Wohnungen.

Leerkündigungen sind für die Betroffenen ein schwerer Einschnitt. Reicht der Gegenvorschlag wirklich aus?

Ich bin mir bewusst, dass Leerkündigungen für die Betroffenen sehr belastend sind. Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, unterschiedliche Interessen verantwortungsvoll gegeneinander abzuwägen. Das Hauptproblem ist die generelle Knappheit an Wohnungen. Wenn wir hier mit einer breiten Regulierung reagieren, verschärfen wir das Problem. Der Gegenvorschlag schützt gezielt – ohne den Wohnungsbau zu bremsen. Was in der Diskussion oft vergessen geht: Nur ein sehr kleiner Teil der Umzüge erfolgt durch Leerkündigungen.

Was droht aus Ihrer Sicht, wenn die Wohnschutzinitiative angenommen wird?

Die Erfahrungen aus den Kantonen Basel-Stadt und Genf zeigen klar, dass ein strenger Wohnschutz zu einem Einbruch bei Baubewilligungen und zu aufgeschobenen Sanierungen geführt hat. Weniger Baugesuche bedeuten weniger Wohnungen – und damit eine weitere Verschärfung der Knappheit. Die Folge sind steigende Angebotsmieten. Wollen wir diese Fehler wirklich wiederholen? Investoren brauchen Planungssicherheit und Unternehmer verlässliche Aufträge. Der Kanton Basel-Stadt lockert seine Wohnschutzgesetzgebung wegen der negativen Erfahrung übrigens schon wieder.



Doris Meier ist FDP-Kantonsrätin, Vorstandsmitglied der FDP im Bezirk Bülach und Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Als dipl. Architektin ETH/SIA führt sie das Beratungsunternehmen primanum. Zudem ist sie in verschiedenen Verwaltungsräten engagiert, unter anderem bei der Verkehrsbetriebe Glattal AG und im Verkehrsverbund Luzern.

Was sagen Sie Menschen, die Angst haben, aus ihrem Quartier verdrängt zu werden?

Diese Sorge nehme ich ernst. Verdrängung lässt sich jedoch langfristig nur verhindern, wenn genügend Wohnraum entsteht. Neubau entlastet den Markt und kommt auch bestehenden Quartieren zugute. Deshalb unterstütze ich den Gegenvorschlag: Er schafft Schutz mit Augenmass und hält den Wohnungsbau am Laufen. Zürich braucht mehr Wohnraum – nicht mehr Regulierung.

Exklusiv & Liberal:

Werden Sie Mitglied im Supporterclub

Interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme via info@fdp-zh.ch

Als Mitglied profitieren Sie von einem exklusiven Netzwerk, Informationen aus erster Hand und besonderen Events und ermöglichen mit Ihrem Beitrag eine starke, liberale Politik im Kanton Zürich.

Supporterclub FDP Kanton & Stadt Zürich

Freiheit fördern – Zukunft gestalten.

Weitere Informationen unter: www.fdp-zh.ch/partei/service/supporterclub



«Individualbesteuerung: Zeit für ein Steuersystem, das zur heutigen Lebensrealität passt»

Am 8. März 2026 stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung ab. Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, erklärt, warum die Reform Fairness schafft, Erwerbsarbeit stärkt und unser Steuersystem an die heutige Lebensrealität anpasst.

Frau Farner, worum geht es bei der Abstimmung konkret?

Bei verheirateten Paaren werden die Einkommen zusammengerechnet und gemeinsam besteuert, Konkubinatspaare individuell. Das führt je nach Konstellation zu einer Heiratsstrafe oder zu einem Heiratsbonus. Dadurch rutschen viele Haushalte in eine höhere Steuerklasse. Das zusätzliche Einkommen wird also stärker belastet. Die Folge ist, dass sich Mehrarbeit finanziell oft kaum lohnt. Mit der Individualbesteuerung wird jede erwachsene Person separat besteuert, unabhängig vom Zivilstand.

Was ändert sich für Ehepaare, die heute eine Heiratsstrafe zahlen?

Sie werden entlastet. Rund 50 Prozent der Ehepaare werden steuerlich entlastet, bei 36 Prozent ändert sich nichts. Etwa 14 Prozent zahlen etwas mehr, weil sie heute von einem Bonus profitieren.

Ein zentrales Argument sind die Erwerbsanreize. Warum ist das gerade für Frauen wichtig?

Weil das heutige System Mehrarbeit ausbremst. Bei verheirateten Paaren wird das Zweiteinkommen zum ersten dazugerechnet und dadurch stärker besteuert. Das betrifft häufig Frauen. Viele würden ihr Pensum gerne erhöhen, merken aber schnell, dass sich zusätzliche Arbeit finanziell kaum lohnt. Studien zeigen, dass mit der Individualbesteuerung bis zu 44 000 zusätzliche Vollzeitstellen entstehen könnten, vor allem, weil gut ausgebildete Frauen ihr Pensum erhöhen oder wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen. Das stärkt die finanzielle Unabhängigkeit und verbessert

die Altersvorsorge. Zudem können wir unser inländisches Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen.

Kritiker warnen vor einer «Bestrafung traditioneller Familien». Was entgegnen Sie?

Die Individualbesteuerung schreibt keine Lebensform vor, sondern macht das Steuersystem neutraler. Unser heutiges Steuersystem ist historisch gewachsen. Es stammt aus einer Zeit, in der Lebensmodelle überschaubarer und homogener waren als heute. Dieses System hat lange funktioniert, aber unsere Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Bereits 2021 waren 82 Prozent der Mütter von minderjährigen Kindern erwerbstätig, und das soll sich auch finanziell lohnen.

Gegner sagen: Künftig müssen Verheiratete zwei Steuererklärungen ausfüllen. Ist das ein Bürokratieschub?

Nein, das ist eine Reform unseres Steuersystems! Bei Systemumstellung entstehen Aufwände; wichtig ist, dass keine langfristigen Kosten entstehen. Dazu kommt, dass bei jedem Zivilstandswechsel – auch wenn die Ehepartnerin oder der Ehepartner stirbt – die Steuerdossiers bislang zusammengelegt oder getrennt werden. Dieser administrative Aufwand fällt mit der Individualbesteuerung weg – ein beachtlicher Vorteil, wenn man eine durchschnittliche Scheidungsrate von über 40% bedenkt und dass Personen im Schnitt mehrmals heiraten.

Wie wirkt sich die Vorlage finanziell aus?

Bundesrat und Parlament rechnen bei der direkten Bundessteuer mit einer Entlastung der Steuerzah-



Fabienne Farner ist Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich und Mitglied des Parteivorstands der FDP Kanton Zürich. Die Unternehmensberaterin ist seit über 15 Jahren politisch in der FDP engagiert und übernahm im Mai 2025 das Präsidium der kantonalen Frauenpartei.

lenden von insgesamt rund 630 Millionen Franken pro Jahr. Das ist eine gezielte Entlastung dort, wo das System heute unfair ist.

Auch die Kantone müssen umstellen. Ist das ein Problem?

Die Kantone führen die Individualbesteuerung ein, behalten aber ihre Kompetenz für Tarife und Abzüge. Der Föderalismus bleibt intakt.

Zum Schluss: Ihr Appell an die Zürcherinnen und Zürcher?

Am 8. März haben wir die Chance, endlich die Heiratsstrafe abzuschaffen! Mit einem Ja zur Individualbesteuerung sorgen wir dafür, dass Leistung zählt, nicht der Zivilstand.

Flyeraktion in der Stadt Zürich am frühen Morgen des 23. Januar für ein Ja zur Individualbesteuerung



PERSONALBREMSEINITIATIVE

Initiative steht: Unsere Personalbremse kommt vors Volk!

Am 6. Februar 2026 haben wir unsere Personalbremseinitiative mit über 8500 Unterschriften beim Kanton eingereicht. Damit haben wir die erforderliche Zielmarke von 6000 Unterschriften deutlich übertroffen. Dieses klare Resultat zeigt: Unsere FDP-Initiative stösst auf breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Personalbremseinitiative setzt dort an, wo der Handlungsbedarf gross ist. Die kantonale Verwaltung ist in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen als die Zürcher Bevölkerung. Mit der «Personalbremse» wird dieses Ungleichgewicht korrigiert: Künftig soll das Wachstum der Verwaltung an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden.

Mit der Übernahme des Präsidiums der Initiative war für mich von Beginn weg klar, dass ich dieses Anliegen mit voller Überzeugung und grossem persönlichen Engagement vorantreiben möchte.

Im Frühling 2025 haben wir die Initiativarbeiten intensiv aufgenommen. Linda Regli, die im Generalsekretariat verantwortlich für die Initiative zeichnete, und ich haben das Zahlenmaterial zum Wachstum der kantonalen Verwaltung erarbeitet und den Initiativtext in seine finale Form gebracht. Aufgrund

der neunstündigen Zeitverschiebung – ich weilte damals wegen einer Weiterbildung in den USA – war dies nicht immer ganz einfach. Parallel dazu haben wir ein Initiativkomitee mit 20 engagierten Persönlichkeiten aufgebaut, die ebenfalls zum Zustandekommen der Initiative beigetragen haben.

Die Breite des Komitees unterstreicht die Abstützung des Anliegens: Vertreten sind unter anderem die Zürcher Handelskammer, der Bund der Steuerzahler, der kantonale Gewerbeverband sowie die GLP. Zudem durfte die Initiative auf grosse Unterstützung aus der SVP zählen.

Ein besonderer Dank gebührt allen, die auf der Strasse, im persönlichen Umfeld und im Bekanntenkreis Unterschriften gesammelt haben. Ohne dieses grosse Engagement wären nicht derart viele Unterschriften gesammelt worden.

Zum Schluss: Mit der Einreichung der Personalbremseinitiative ist ein wichtiger Meilenstein erreicht. Die politische Arbeit beginnt jetzt erst richtig. Als Nächstes wird die Staatskanzlei die Unterschriften prüfen und hoffentlich bald das offizielle Zustandekommen der Initiative bestätigen. Alsdann werden sich Regierungsrat und Kantonsrat mit der Initiative befassen. Parallel dazu werden wir uns inhaltlich auf einen möglichen Abstimmungskampf vorbereiten. So stellen wir sicher, dass wir gut gerüstet sind. Wir bleiben dran!

Herzliche Grüsse



Matthias Müller
Vizepräsident FDP Kanton Zürich

Rückblick auf zwei Jahre JFZH-Präsidium

Nach gut zwei Jahren als Präsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Zürich geht diese Zeit nun im März zu Ende. Ich blicke auf eine spannende und intensive Zeit zurück.



Ein zentraler Meilenstein meiner Amtszeit war die Lancierung und Einreichung der Steuerabattinitiative. Mit **7351 gesammelten Unterschriften** konnte die Initiative erfolgreich eingereicht werden. Dieses Resultat steht vor allem für das ausserordentliche Engagement unserer Mitglieder und Unterstützer, die über Monate hinweg auf der Strasse, in den Gemeinden und im persönlichen Umfeld Überzeugungsarbeit geleistet haben.

Neben der inhaltlichen Arbeit war der Ausbau der Partei ein zentrales Anliegen. In den vergangenen zwei Jahren konnten die Jungfreisinnigen Kanton Zürich einen **kontinuierlichen Zuwachs an Neumitgliedern** verzeichnen. Viele junge Liberale haben sich rasch aktiv eingebracht und Verantwortung übernommen, sei es in Sektionen, in Arbeitsgruppen oder im Vorstand.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der gezielten Förderung unserer Mitglieder im Hinblick auf die **Kommunalwahlen 2026**. Durch Schulungen und individuelle Unterstützung wurden jungfreisinnige Kandidaten frühzeitig auf eine Kandidatur vorbereitet.

Ich blicke mit grosser Dankbarkeit zurück. Mein Dank gilt dem Vorstand, den Sektionen und allen Mitgliedern, die mit Überzeugung und Einsatz mitgewirkt haben. Für mich liegt ab März der Fokus wieder vermehrt auf meinem Studium. Mein Engagement im Dietiker Gemeinderat plane ich – vorbehaltlich der Wiederwahl – fortzuführen. Der JFZH ist gut aufgestellt für die neu kommenden Herausforderungen – und bereit, auch in Zukunft Verantwortung für den Kanton Zürich zu übernehmen.



Lea Sonderegger
Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich

AUS DEN ORTSPARTEIEN

Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus den Ortsparteien präsentiert. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter info@fdp-zh.ch.



FDP Kreis 6

Gewinnung von Neumitgliedern

Die FDP Kreis 6 hat im Frühling 2025 entschieden, die Mitgliederzahlen mittels Massenversand im gesamten Kreis auszubauen. Basierend auf einem Fundraisingkonzept wurden im Juli rund 20 handgeschriebene Karten an finanzkräftige Mitglieder verschickt. Die persönliche Anschrift wurde geschätzt und entsprechend war der Spendenrücklauf erfolgreich, sodass Anfang November in alle Haushalte im Kreis 6 Neumitgliederbriefe versendet werden konnten. Insgesamt konnten wir dadurch 15 neue Mitglieder/Sympathisanten gewinnen. Ein voller Erfolg – Nachahmen empfohlen!



FDP Egg

Mit Olympiasieger Ryffel und jugendlichem Elan ins neue Jahr

An ihrem Neujahrspéro vom 12.1.2026 stimmte die FDP Egg auf das Wahljahr 2026 ein und betonte die wichtige Rolle junger Menschen in der Politik. Mit acht Kandidierenden, darunter zwei jungen Gesichtern, will die Partei die Gemeinde verjüngen. Ehren-gast Markus Ryffel inspirierte mit seinem Vortrag über Bewegung. Geehrt wurde Megy Streuli für ihr 30-jähriges ehrenamtliches Engagement. Ein starkes Zeichen für die liberale Politik!



FDP Stäfa

Erfolgreicher FDP-Neujahrspéro in Stäfa als FDP-Wahlkampf-Kick-off trotz schwierigem Jahresbeginn

Mit einem gut besuchten öffentlichen Neujahrspéro im «Rössli» Stäfa ist die FDP Stäfa erfolgreich in den Wahlkampf für die Gemeindewahlen vom 8. März 2026 gestartet. 55 Teilnehmende folgten der Einladung – trotz der belastenden Brandkatastrophe in Crans-Montana und einem insgesamt schwierigen Start ins neue Jahr. Der Anlass setzte bewusst ein Zeichen des Zusammenhalts, der Zuversicht und

des politischen Aufbruchs. FDP-Präsidentin Ursula Tschanz eröffnete den Abend mit einem kurzen Moment des Gedenkens an die Opfer der Brandkatastrophe. Als Ehrengast sprach Filippo Leutenegger, Präsident der FDP Kanton Zürich und Zürcher Stadtrat. Er unterstrich die Bedeutung liberaler Politik als Korrektiv gegen zunehmende Regulierung und sprach sich für bürgerliche Allianzen aus. Besonders würdigte er Markus Meier Joos, FDP-Kandidat für das Gemeindepräsidium, als erfahrenen, glaubwürdigen und lokal verankerten Gestalter, welcher seine politischen Schwerpunkte, Wohnen und Bildung, erläuterte.



FDP Rüti

Druck auf teure Gemeindewerke

Die Strompreise der Gemeindewerke Rüti gehören zu den höchsten im Kanton. So liegen sie beispielsweise rund 27 % über jenen der EKZ, der Netztarif ist sogar um 73 % höher. Die FDP Rüti hat in den letzten Jahren diverse Anfragen zum Thema gemacht. Nachdem auch die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) dies an der Gemeindeversammlung kritisierte, hat der Gemeinderat versprochen, die Sachlage zu analysieren und bessere Lösungen zu suchen; auch der Verkauf sei eine Option. Die FDP Rüti wird am Thema dranbleiben.



FDP Oetwil am See

Mit Grittibänzen an die Gemeindeversammlung

Die FDP Oetwil am See verteilte an der Gemeindeversammlung vor Weihnachten kistenweise Grittibänzen. Diese wurden vom lokalen Beck hergestellt. Warum das wichtig ist? An keinem anderen Ort trifft man so viele Politikinteressierte und Wählerinnen und Wähler. Die FDP Oetwil am See achtete darauf, die süsse Überraschung als Geschenk zu positionieren und nur dezent mit einem FDP-Kleber zu versehen. So setzt man sich nicht dem Vorwurf aus, zu viel Wahlwerbung vor der Gemeindeversammlung zu machen. Die Aktion wurde von allen sehr geschätzt.



FDP Nürensdorf

Gelungener Start in die Kommunalwahlen 2026

Die FDP Nürensdorf darf schon vor dem Wahltag vom 8. März 2026 einen ersten Erfolg verzeichnen. Für die RPK sind exakt fünf Wahlvorschläge eingereicht worden, weshalb der Gemeinderat eine stille Wahl beschlossen hat. Dennoch gibt es wesentliche Veränderungen: In stiller Wahl wurde Dieter Kindlimann neu als Präsident bestätigt, ergänzt durch das neue Mitglied Karim Hablützel. Damit können die beiden FDP-Sitze gehalten werden und das RPK-Präsidium 2026–2030 geht neu an die FDP.



FDP Zumikon

Früh vorbereiten und dranbleiben lohnt sich: Die FDP Zumikon verdoppelt ihre Vertretung und stellt neu die Mehrheit im Gemeinderat.

Bereits zwei Jahre vor den Wahlen vom 8. März startete die Findungskommission mit der Kandidatensuche. Nach dem Rücktritt von drei Gemeinderäten aus GLP, Mitte und SVP präsentierte die FDP eine so überzeugende Liste, dass teilweise auf Gegenkandidaturen verzichtet wurde. Künftig stellen vier von sieben Gemeinderatsmitgliedern die FDP.



FDP Horgen

Wahlarena der FDP Horgen: Ein erfolgreicher Austausch mit der Bevölkerung

Am 27. Januar fand in Horgen die von der Interparteilichen Konferenz (IPK) Horgen organisierte Wahlarena statt, an der sich die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten den Fragen des Publikums stellten. In einer Podiumsdiskussion erhielten die Teilnehmenden Einblick in die verschiedenen Positionen und Anliegen der Kandidierenden. Im Anschluss bot sich beim Apéro am FDP-Stand die Gelegenheit, alle Kandidaten persönlich kennenzulernen und das Gespräch zu vertiefen.

Delegiertenversammlung vom 20. Januar



Jahresschlusssessen, 4. Dezember 2025



KOLUMNE FDP FRAUEN KANTON ZÜRICH

Altersvorsorge für Frauen – Eigenverantwortung braucht faire Rahmenbedingungen

Unser 3-Säulen-System ist eine grosse Errungenschaft. Es ist breit abgestützt, flexibel und verbindet Solidarität mit Eigenverantwortung. Doch wie jedes System muss auch dieses weiterentwickelt werden.

Frauen beziehen im Durchschnitt deutlich tiefere Renten als Männer. Die Gründe dafür sind bekannt: unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit, tiefere Einkommen – alles Faktoren, die sich negativ auf die Vorsorge auswirken. Es braucht gezielte Anpassungen, damit unsere Altersvorsorge auch für die heutige Realität noch funktioniert.

Die Lebenserwartung steigt stetig. Eine erfreuliche Entwicklung, die aber auch Herausforderungen mit sich bringt. Es ist deshalb notwendig und richtig, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Nur so sichern wir die Stabilität der AHV. Wir bieten Hand für Lösungen, die nachhaltig, fair und finanzierbar sind.

Im BVG ist die Abschaffung des Koordinationsabzugs ein zentraler Reformschritt. Der heutige Mechanismus benachteiligt Teilzeitarbeitende. Wer arbeitet, soll auch entsprechend versichert sein, ab dem ersten Franken.

Gleichzeitig braucht es mehr Flexibilität in der dritten Säule. Rückkäufe sollen erweitert werden. Wer eigenverantwortlich vorsorgen will, muss auch die Möglichkeit dazu haben.

Und schliesslich ist die Einführung der Individualbesteuerung überfällig. Die heutige gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren schafft Fehlanreize. Eine faire, moderne Besteuerung stärkt die Eigenverantwortung und eine solide Altersvorsorge.

Was es jetzt braucht, sind gezielte, liberale Reformen mit langfristiger Wirkung. Die FDP hat die Kompetenz und den Gestaltungswillen, diese Herausforderungen anzupacken. Die Lösungen liegen auf dem Tisch – lassen wir sie nicht länger liegen!



Jamie Vrijhof-Droese,
Vorstandsmitglied FDP Frauen Kanton Zürich und
Gemeinderatskandidatin FDP Dietikon

AUS DEM REGIERUNGSRAT

Wie halten Sie es mit der Wirtschaft?

Mein Amt für Wirtschaft hat den Zürcherinnen und Zürchern die Gretchenfrage gestellt. Das Ergebnis der Umfrage ist bemerkenswert – und zeugt von Ambivalenz. Auf der Habenseite:

- Drei Viertel der Befragten beurteilen die Zürcher Wirtschaft positiv.
- 93 Prozent erachten sie als zentralen Pfeiler unserer Gesellschaft.
- 83 Prozent sagen, die Wirtschaft leiste einen entscheidenden Beitrag zur hohen Lebensqualität im Kanton.
- Und drei Viertel sind mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation zufrieden.

So weit, so gut.

Die Umfrage bringt aber gleichsam ein Unbehagen zum Ausdruck. Die Kehrseiten des Erfolgs werden zunehmend spürbar. Im Privaten, im Politischen – und im Portemonnaie. Zentrale Anliegen der Wirtschaft sind in der Bevölkerung nicht mehr mehrheitsfähig.

- Nur gut ein Drittel der Leute erachtet die Steuerbelastung für Unternehmen als zu hoch. Entsprechend wurde abgestimmt.
- Die Hälfte der Befragten fühlt sich durch die zunehmende Internationalisierung fremd im eigenen Land.

- Zwei Drittel der Leute denken, dass die Lebenshaltungskosten steigen, weil die Wirtschaft gut läuft.
- Und drei Viertel sind der Meinung, dass die boomende Wirtschaft verantwortlich ist für den angespannten Wohnungsmarkt.

Wenn eine Mehrheit der Menschen im Kanton Zürich denkt, dass der abstrakte Erfolg der Wirtschaft ein Hauptgrund für ihre ganz realen Sorgen ist, kann darüber nicht einfach hinweggeblickt werden.

Was gilt es zu tun? Das Vertrauen und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge müssen gestärkt werden. Durch Zuhören, Hinstehen, Diskutieren und Erklären. Vertrauen ist das Ergebnis von Glaubwürdigkeit. Und die entsteht nicht durch Botschaften, sondern durch aufrichtiges und transparentes Handeln.

Vertrauen entsteht auch durch Ehrlichkeit. Ich bin überzeugt, dass die Menschen es schätzen, wenn Zielkonflikte und Grenzen – und auch Fehler – offen angesprochen werden. Vertrauen entsteht, wenn Politik und Wirtschaft nachvollziehbar zeigen, dass sie Verantwortung übernehmen und gesellschaftliche Anliegen nicht nur rhetorisch, sondern operativ angehen.

Das ist keine Herausforderung für einzelne Akteure, sondern eine Verbundaufgabe. Staat, Wirtschaftsverbände und Meinungsmachende müssen zusammenspannen. Und gemeinsam hinstehen und handeln. Eine vielschichtige Diagnose erfordert eine vielfältige Therapie.



Carmen Walker Späh
Regierungsrätin FDP Kanton Zürich

AUS DEM NATIONALRAT

Schreckgespenst EP27

Im Bundeshaus ist gerade eine Verschwörung im Gang: Unser Land soll zu Tode gespart werden ... Diesen Eindruck könnte man zumindest gewinnen, wenn man sich das Lamento linker Kreise und unzähliger Non-Profit-Organisationen anhört, die zurzeit lautstark darlegen, warum genau in ihrem Bereich sicher nicht gespart werden kann. Doch worum geht es effektiv? Aufgrund der stark steigenden Ausgaben zeichnen sich in der Rechnung des Bundes in den kommenden Jahren Defizite in Milliardenhöhe ab. Grund sind u.a. die höheren Beiträge des Bundes an die AHV (bis zu einer Milliarde Franken pro Jahr) und die Aufstockung der Ausgaben für Sicherheit resp. Armee. Vor diesem Hintergrund legt der Bundesrat ein Paket mit 57 Massnahmen vor, welche das Defizit im Jahr 2027 um 2,4 Mrd. und in den Jahren 2028 und 2029 um je 3 Mrd. Franken reduzieren sollen – das sogenannte Entlastungspaket 2027 (EP27).

Erarbeitet wurde das Paket von einer Experten-Gruppe, welche sämtliche Ausgaben des Bundes hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Zielgerichtetheit und

Effizienz untersucht hat. Die vorgeschlagenen Massnahmen betreffen praktisch sämtliche Bereiche des Bundeshaushalts. Betonen muss man indessen, dass es sich in den wenigsten Fällen um echte Einsparungen handelt, die Ausgaben steigen einfach weniger stark an oder auch weniger, als sich dies gewisse Akteure wünschen würden. Gewiss – an einigen Orten schmerzt es, gerade wenn man die tieferen Beiträge im Bereich Forschung und Bildung betrachtet. Dennoch, das EP27 ist der richtige Weg. Es muss gelingen, die Einnahmen und Ausgaben des Bundes wieder in Einklang zu bringen, und zwar ohne neue Steuern und Abgaben zu erheben. Der Bundesrat zeigt deutlich auf, dass ohne diese Massnahmen die Schuldenbremse, die in der Verfassung festgeschrieben ist, nicht eingehalten werden kann. Die FDP-Fraktion teilt diese Haltung. Gesunde Staatsfinanzen unter Beibehaltung moderater Steuern sind eine grosse Stärke unseres Landes. Dies dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Auch wenn es an gewissen Stellen schwierig sein mag, ist das EP27 deshalb konsequent umzusetzen.



Regine Sauter
Nationalrätin

ABSTIMMUNGEN

Nein zur Klimafondsinitiative – Verantwortung statt Schuldenpolitik

Die Klimafondsinitiative verspricht eine staatlich gesteuerte Energie- und Klimapolitik mit sozialem Anspruch. Was sie tatsächlich bringt, sind neue Schulden, höhere Steuern und falsche Anreize. Die Initiative ist weder notwendig noch zielführend und gefährdet bewährte Grundsätze der Schweizer Finanzpolitik.

Bund und Kantone verfolgen bereits heute eine aktive und wirksame Klimapolitik. Mit dem Klima- und Innovationsgesetz ist das Netto-Null-Ziel bis 2050 gesetzlich festgelegt. Klare Absenkpfade, sektorische Richtwerte sowie gezielte Förderinstrumente sorgen dafür, dass Emissionen reduziert und Investitionen dort ausgelöst werden, wo sie den grössten Effekt haben. Der Bund stellt dafür jährlich rund 2,6 Milliarden Franken bereit.

Die Klimafondsinitiative setzt hingegen auf einen neuen steuerfinanzierten Fonds. Bis 2050 soll der Bund jedes Jahr 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts einzahlen. Bereits 2030 entspräche dies bis zu 9,5 Milliarden Franken jährlich. Insgesamt drohen zusätzliche Schulden in der Grössen-

ordnung von 100 bis 240 Milliarden Franken. Besonders schwer wiegt, dass diese Ausgaben ausdrücklich von der Schuldenbremse ausgenommen werden sollen.

Damit wird ein zentrales Erfolgsmodell der Schweizer Finanzpolitik ausgehebelt. Neue Schulden führen zu steigenden Zinskosten, die zunehmend ordentliche Bundesausgaben verdrängen. Der finanzielle Spielraum schrumpft, der Spardruck steigt. Mittelfristig sind Steuererhöhungen oder Kürzungen bei Bildung, Infrastruktur oder Sicherheit kaum zu vermeiden. Leidtragender ist vor allem der Mittelstand.

Auch klimapolitisch ist die Initiative problematisch. Immer höhere Subventionen und Sozialtransfers schwächen bestehende Preissignale und bringen Mitnahmeeffekte mit sich. Wirksamer Klimaschutz braucht Kostenwahrheit, Innovation und marktwirtschaftliche Instrumente statt neue Umverteilungstöpfe.

Darum sagen National- und Ständerat klar Nein zur Klimafondsinitiative. Ein Nein steht für wirksamen Klimaschutz, solide Finanzen und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.



Andri Silberschmidt
Nationalrat

ABSTIMMUNGEN

Bargeld ist Bargeld, bleibt Bargeld ...

... so oder so, auch nach der kommenden Abstimmung über die Bargeldinitiative. Der direkte Gegenvorschlag setzt um, was die Initiative will – ohne durch deren unklare Formulierungen neue Fragen aufzuwerfen.

Kredit- und Debitkarten, Twint, ApplePay und andere digitale Zahlungsmöglichkeiten haben in den letzten Jahren rasant an Beliebtheit gewonnen. Die kontaktlose Bezahlung ist v.a. wegen ihrer Geschwindigkeit und Einfachheit sehr beliebt: kein schweres Portemonnaie herumtragen, kein (Retour-)Geld abzählen, nicht dauernd am Bancomaten neue Nötli beziehen, das ist bequem und spart Zeit. Und auch für die Geschäfte entfällt der aufwendige und risikobehaftete Umgang mit Bargeld.

Im Laden erfolgen nur noch etwa 28% der Zahlungen von Herrn und Frau Schweizer in bar, und bereits jede resp. jeder Sechste hat heute gar kein Bargeld mehr dabei. Trotzdem sehen über 70% der Bevölkerung eine Abschaffung des Bargelds kritisch. Als Zahlungsalternative und auch zur Wertaufbewahrung ist Bargeld nach wie vor sehr beliebt. Sicher spielt auch eine Rolle, dass mit Bargeld diskret, nämlich ohne Datenspuren im digitalen Raum und ohne Einsichtsmöglichkeit für Banken oder den

Staat bezahlt werden kann, und auch in einer Krise, z. B. wenn das Internet streikt oder gar der Strom ausfällt. Angesichts der Beliebtheit der «Option Bargeld» wäre mit der Forderung nach seiner Abschaffung politisch kein Blumentopf zu gewinnen.

Den Bargeld-Initianten reicht das nicht, sie wollen in dieser Frage einen politischen Pflock einschlagen: In der Bundesverfassung soll ausdrücklich festgeschrieben werden, dass der Bund die Verfügbarkeit von Münzen und Banknoten – in genügender Menge – sicherstellt und dass Volk und Stände zu entscheiden haben, falls der «Schweizerfranken» je durch eine andere Währung ersetzt werden sollte. Bundesrat und Parlament teilen das Anliegen in der Sache, wollen es aber mit einem direkten Gegenvorschlag umsetzen, der nicht durch unklare Begriffe neue Fragen aufwirft. Weshalb die Initianten die Initiative trotzdem nicht zurückgezogen haben, bleibt ihr Geheimnis. Wichtig zu wissen: Nicht abgestimmt wird am 8. März über die Frage, ob Geschäfte zur



Beat Walti
Nationalrat

Annahme von Bargeld verpflichtet werden sollen. Eine entsprechende Initiative ist vor kurzem bereits im Sammelstadium gescheitert – zu Recht, diese Verpflichtung wäre ein inakzeptabler Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Die FDP unterstützt den Gegenvorschlag und lehnt die Initiative ab.

Schluss mit Gewalt und Chaos

Jetzt Petition unterzeichnen

In den vergangenen Monaten haben gewaltbereite Chaoten wiederholt Strassen verwüstet, unbewilligte Demonstrationen organisiert und friedliche Kundgebungen unterwandert. Zumeist verumm, griffen sie Einsatzkräfte an und verursachten hohe Sachschäden – zulasten der Steuerzahlenden. Mit der Petition «Schluss mit Gewalt & Chaos» fordern wir, dass die Politik endlich handelt. Krawallmacher sollen für 48 Stunden festgenommen werden dürfen. Denn: Unsere Städte gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht extremistischen Gruppierungen.

Mit der bereits von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern unterstützten Petition fordern wir, dass das Parlament drei Massnahmen sofort umsetzt:

1. Wer randaliert, sitzt.

Gewalt muss spürbare Folgen haben. Wir fordern, dass die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme von 24 auf 48 Stunden verdoppelt wird. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Zudem sollen Randalierende, die am Wochenende aktiv waren, am Montag erklären müssen, warum sie nicht zur Arbeit erscheinen – und nicht länger unbehelligt bleiben.

2. Konsequente Überwachung gewaltbereiter Extremisten.

Es ist nicht akzeptabel, dass den Behörden bereits bekannte Gewalttäter ungestört mobilisieren können, bis es zu Ausschreitungen kommt.

Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden müssen frühzeitig handeln, statt im Nachgang die Schäden zu zählen.

3. Nulltoleranz bei Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten.

Wer Einsatzkräfte bedroht oder angreift, greift den Rechtsstaat und die Sicherheit aller an. Solche Taten müssen verfolgt werden – konsequent, automatisch und mit der vollen Härte des Gesetzes.

Ein Staat, der wegschaut, verspielt seine Autorität und gefährdet die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung. Unterschreiben Sie jetzt die Petition und teilen Sie diese mit Ihrem Netzwerk!



**FÜR LINKE
IST SICHERHEIT
RECHTS**

***FÜR UNS
IST SICHERHEIT
EIN RECHT***

FDP
Die Liberalen

Schweiz schützen!

12 Forderungen der FDP zur inneren Sicherheit

In Genf überraschen vier maskierte Männer einen Mann in seinem Bett. In Chur, Bern, Lausanne oder Zürich wachsen Drogenszenen. Vergewaltigungen, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte erreichen Höchststände. Die Bedrohungen im Land nehmen zu – spürbar, sichtbar, jeden Tag. Unser Staat hat sich verzettelt. Er vernachlässigt seine Kernaufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung.

Was sind die Gründe dafür? Einer ist offensichtlich: Unser Justizsystem fokussiert heute zu sehr auf die Täter, ihre Rechte und ihre Perspektiven. Neben Resozialisierung muss der Schutz der Bevölkerung wieder ins Zentrum rücken.

Ein zweiter Grund: Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität und Gewalt bei. Während die Linke dies tabuisiert und die Polizei entwaffnen möchte, will die SVP unsere Polizei blind machen und abgewiesene Asylsuchende aus ganz Europa anlocken. Genau das wäre die Folge der SVP-Chaos-Initiative («Nachhaltigkeits-Initiative»). Bei einer Annahme würden die Verträge von Schengen und Dublin gekündigt und unser Land würde den Zu-

gang zu europäischen Fahndungssystemen verlieren. Für die FDP ist klar: Die Menschen dürfen vom Staat erwarten, dass er sie vor Gewalt schützt.

- › Ja, das kostet Geld. Ja, das können wir uns leisten. Nein, dafür braucht es keine neuen Steuern, sondern eine Neuordnung der politischen Prioritäten.
- › Ja, Täter sind auch Menschen. Ja, die Resozialisierung ist ein wichtiges Ziel. Nein, das darf nicht dazu führen, dass der Schutz der Bevölkerung vernachlässigt wird.
- › Ja, Kriminalität kommt heute zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland. Schlepper, Banden und Mafia sind international vernetzt. Nein, diese Fakten verschwinden nicht, wenn man die Augen vor ihnen verschliesst. Und ebenso wenig, wenn man unsere Polizei isoliert und die Schweiz zum Asylmekka von ganz Europa macht.

Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustür offen liess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für

grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!

1 Wer schlägt, sitzt

Gewaltstraftaten und Sexualdelikte nehmen zu. Laut Kriminalstatistik sind Delikte wie schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen im Jahr 2024 um fast 20 Prozent angestiegen. Dabei sorgen nicht nur die Taten, sondern auch die Urteile für Aufsehen. Wenn Täter mit einer bedingten Strafe davonkommen, so wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das Problem sind nicht nur die Gesetze, sondern auch Richter, die ihren Spielraum nicht nutzen und zu leichtfertig bedingte Strafen verhängen. Laut Angaben des Bundesamts für Justiz wird heute jede vierte Vergewaltigung lediglich mit einer bedingten Strafe bestraft, jede dritte mit einer teilbedingten.

Das muss sich ändern. Die FDP verlangt, dass Täter ihre Strafe bei Gewaltdelikten antreten müssen: Wer schlägt, sitzt. Dasselbe gilt für Sexualdelikte. Dabei soll das Gericht auch künftig die Tat und ihre Umstände würdigen. Wir fordern jedoch eine Prognoseumkehr: Die Verhängung einer bedingten Strafe muss in Zukunft vom Richter begründet und explizit gerechtfertigt werden, statt wie bisher die Regel bei Ersttätern zu sein. Grundsätzlich ist diese Gesetzesverschärfung nicht nur für Gewalt- und Sexualdelikte, sondern für alle Delikte sinnvoll.

Je öfter Strafen unbedingt verhängt werden, desto weniger Platz bleibt für bedingte Geldstrafen. Diese schrecken nicht ab und verhindern keinen Rückfall. Vielmehr werden diese Sanktionen häufig wie ein Freispruch empfunden. So muss eine Parkbusse bezahlt werden, eine bedingte Geldstrafe aber meist nicht. Dies ist ein Hohn für jeden Gerechtigkeitssinn – nicht zuletzt für den der Opfer. Sanktionen müssen für Täter spürbar, für Opfer nachvollziehbar und für die Gesellschaft glaubwürdig sein.

2 Polizei stärken

Die Polizei wird in der Schweiz immer häufiger an den Pranger gestellt. Linke Stadtregierungen und Aktivisten stellen legitime Einsatzmethoden infrage, fordern die Entwaffnung von Polizisten oder beschränken deren taktische Mittel bis zur Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu werden Krawalle bei Demonstrationen – zuletzt sichtbar bei Ausschreitungen in Bern – viel zu oft geduldet. Die Folge? Unsere Polizei kann ihrer zentralen Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, heute nur noch eingeschränkt nachkommen.

Die FDP fordert: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu gewährleisten, muss die Politik damit aufhören, die Polizei zu schikanieren¹. Der Polizeiberuf muss wieder attraktiv werden. Vor allem aber benötigen Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich mehr Personal, um die wachsende Kriminalität konsequent und zeitnah verfolgen zu können². Die FDP fordert, dass dieser dringend nötige Aufwuchs auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene primär verwaltungsintern kompensiert wird.

Hinzu kommt, dass die Polizeikörper zu wenig zusammenarbeiten. So ist eine Kantonspolizei heute gezwungen, bei allen anderen Kantonen einzeln anzufragen, da eine gemeinsame Abfrageplattform fehlt. Die Schweiz benötigt endlich eine interkantonalen Polizeidatenbank, damit Informationen schnell und vollständig verfügbar sind³.

Generell benötigen die Polizei und die Ermittlungsbehörden zusätzliche taktische Möglichkeiten. So werden heute bei gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen von unbewilligten Demonstrationen jene Personen, die sich daran beteiligt haben, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuss gesetzt. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Taten zu vertuschen oder sich abzusprechen. Die FDP fordert, die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme bei allen Delikten auf 48 Stunden zu verdoppeln⁴ – unter Einhaltung der Verfahrensgarantien. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Weiter müssen Polizisten auf Bodycams zurückgreifen können. Die Aufnahmen schrecken Gewalttäter ab und schützen die Beamten vor tätlichen Übergriffen und falschen Anschuldigungen. Zudem sollen künftig von Amtes wegen alle aggressiven Handlungen (z. B. Drohungen, Gewalt, Tötlichkeiten) gegen ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten oder eine Beamtin im Zusammenhang mit der Ausübung seiner oder ihrer amtlichen Pflichten verfolgt werden⁵.

3 Neuen Platzspitz verhindern

Das Drogenelend, das Zürich am Platzspitz vor 30 Jahren überwunden hat, ist in mehreren Schweizer Städten zurückgekehrt. Während damals Heroin zu menschlichem Leid führte und ganze Quartiere in Unsicherheit stürzte, breiten sich heute Crack und Fentanyl rasant aus. Der Konsum hat sich in gewissen Landesteilen seit 2020 verdreifacht. In Genf hat er sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Stadtzentrum von Lausanne sind offene Szenen entstanden.

Die Bevölkerung der betroffenen Städte erleidet mehr Diebstähle, mehr Einbrüche, mehr Aggression. Im Unterschied zu Heroin sind bei Crack die Konsumzyklen viel kürzer. Süchtige jagen einem Rausch nach, der nur wenige Minuten dauert und oft von schweren psychotischen Zuständen abgelöst wird. Die Folge sind mehr Beschaffungsvorgänge, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gegenüber Unbeteiligten.

Was tun? Die Schweiz hat in den 90er Jahren bewiesen, dass sie eine offene Drogenszene in den Griff bekommen kann. Nun muss ihr das erneut gelingen. In der Pflicht stehen insbesondere die linken Regierungen der betroffenen Städte, die Dealer heute vielerorts tolerieren. Am Bahnhof von Vevey kann

heute jeder Jugendliche Crack kaufen, ohne dass die Polizei intervenieren darf. Dabei gilt es, das Viersäulenmodell aus Prävention, Behandlung, Schadensminderung und Repression zu aktualisieren. Bei harten, gesellschaftlich hochproblematischen Drogen wie Fentanyl oder Crack muss der Aspekt der Repression stärker gewichtet werden, insbesondere hinsichtlich Beschaffungskriminalität und Handel. Die FDP fordert daher Nulltoleranz für den Handel mit harten Drogen. Zudem fordert die FDP gezielte gesetzliche Grundlagen für den Umgang mit suchtkranken Intensivtätern, bei denen die heutigen Haftvoraussetzungen systematisch nicht greifen. Dabei soll es möglich sein, einen kurzfristigen, richterlich überprüften Freiheitsentzug anzuordnen, um eine verbindliche Abklärung und die Einleitung einer geeigneten Suchtbehandlung sicherzustellen.

4 Transparenz schaffen!

Was linke Parteien gerne verschweigen, stellt jeder Strafverfolger täglich fest: Unter Gewalt- und Sexualstraf Tätern sind Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern stark überrepräsentiert⁶. Obwohl diese Korrelation in Statistiken zu Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen klar belegt ist, sind die relevanten Daten nicht oder nur mühsam zugänglich, sie werden unvollständig erhoben oder verschleiert. Dies erschwert eine ehrliche politische Debatte und hilft nur den Ideologen an den politischen Rändern. In einer funktionierenden Demokratie sind Fakten und belastbare Zahlen unverzichtbar, um Gefahren zu erkennen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Die FDP fordert daher, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) die nachfolgend beschriebene Analyse vornimmt und der Bevölkerung zur Verfügung stellt – Zahlen, die heute mühselig zusammengesucht oder geschätzt werden müssen. Benötigt wird die Kriminalitätsquote von Ausländern und Schweizern in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil im Land. Anschliessend soll das BfS die Überrepräsentation einzelner Nationen berechnen und diese für verschiedene Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Sexualstraftaten ausweisen.

Zur besseren Ursachenforschung müssen diese kriminalitätsbezogenen Daten um soziale Kennzahlen wie Alter, Sozialhilfequote und gegebenenfalls Religion ergänzt werden. Zudem fordern wir eine landesweite Statistik zu Gefängnisinsassen und der Überrepräsentation einzelner Nationen im Strafvollzug.

¹ Petition FDP-Liberale Fraktion: Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

² Mo. SiK-N 25.3941 Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol: Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

³ Mo. SiK-N 23.4311 Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

⁴ Mo. Wasserfallen 25.4581 Stopp dem Gewaltextremismus: Die vorläufige Festnahme ist auf 48 Stunden zu verlängern

⁵ Pa. Iv. Cottier 25.492 Drohungen oder Gewalt gegen Beamte: Verfolgung von Amts wegen

⁶ Urbaniok Frank (2025). Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen

5 Kriminelle abwehren

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition. Die FDP wird diese immer verteidigen. Gerade deshalb ist es inakzeptabel, dass Kriminelle unter dem Deckmantel des Asylrechts unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen. So etwa, wenn junge Männer in die Schweiz einreisen, die Asylunterkunft als Basis nutzen und von dort aus eigentliche Raubtouren unternehmen. Die meisten dieser Täter stammen aus den Maghreb-Staaten⁷. Laut Kriminalstatistik verursachen sie den Grossteil der Einbrüche⁸ in der Schweiz; in einzelnen Kantonen gehen über 80 Prozent der Diebstähle auf ihr Konto. Teilweise agieren diese Täter äusserst brutal und schrecken bei Einbrüchen nicht mal vor Bedrohungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurück. Zurück bleiben finanzielle Schäden, traumatisierte Opfer und ein Gefühl der Unsicherheit.

Um die Bevölkerung der Schweiz zu schützen, dürften solche Kriminelle gar nicht mehr ins reguläre Asylsystem gelangen. Die FDP fordert deshalb eine vorgelagerte Schnellprüfung. Migranten aus Ländern, von denen nicht einmal 5 von 100 Antragssteller Asyl erhalten, sollten den Asylbescheid in einem abgekürzten Verfahren erhalten und – so dieser tatsächlich negativ ausfällt – schnellstmöglich zurückgeschafft werden⁹. Dasselbe gilt für Asylbewerber im regulären System, die straffällig werden¹⁰. Bis zur Ausschaffung sollten diese in Administrativhaft¹¹ genommen werden. Wichtig sind in der Praxis bilaterale Rücknahmeabkommen^{12,13} und verbindliche Drittstaatenlösungen für heute nicht rückführbare Fälle¹⁴. Um Rückführungen zu ermöglichen, fordert die FDP, dass Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zurücknehmen, auch keine finanzielle Unterstützung durch die Schweiz erhalten. Geprüft werden können weitere gezielte Sanktionen wie bspw. Einschränkungen bei der Visavergabe.

Um Kriminelle abzuwehren und einen Kollaps des Asylsystems zu verhindern, sind die Verträge von Schengen/Dublin von grösster Bedeutung. Dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zu-

ständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen.

6 Organisiertes Verbrechen bekämpfen

Glücklicherweise erlebt die hiesige Bevölkerung – noch – keine offen getragenen Bandenkriege. Doch die organisierte Kriminalität hat sich in der Schweiz bereits eingenistet. Die Mafia nutzt das Baugewerbe, Restaurants, Reisebüros oder Barbershops, um Geld zu waschen. Laut dem Bundesamt für Polizei (fedpol) hat sich die Zahl der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Die Mafia ist nicht nur in Geschäften und auf Hinterhöfen aktiv. Ihre Machenschaften finden oft auch im digitalen Raum statt und werden über verschlüsselte Nachrichten koordiniert. Dabei hilft ihr ein falsch verstandener Schweizer Datenschutz. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, doch Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz werden. So entschied jüngst das Zürcher Obergericht, dass Sicherheitsbehörden geknackte Nachrichten von Verbrechern nicht verwenden dürfen. Das Gericht untersagte die Verwendung der Daten des Messengers Sky ECC, der in ganz Europa von Verbrechern genutzt wurde. Dadurch konnte die Schweiz 3000 Verdächtige nicht verfolgen und bremste die grenzüberschreitende Fahndung aus. Wird die Schweiz durch solche Blockaden zur fahndungstechnischen Insel, so fällt es Kriminellen viel zu leicht, ihre Spuren zu verwischen. Deshalb muss schnell eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Sky-ECC-Daten verwendet werden können und die Sicherheitsbehörden griffige Instrumente im digitalen Raum erhalten.

Der digitale Raum wird nicht nur von der Mafia genutzt. Von einem Video in den sozialen Medien bis zum Griff zum Messer vergehen manchmal nur Tage. Die Radikalisierung junger Menschen stellt eine grosse Gefahr für die Schweiz dar¹⁵. Hier braucht es mehr Fachleute beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sowie eine engere operative Verzahnung mit der Bundes- und den Kantonspolizeien¹⁶. Dem NDB und dem fedpol stehen heute zu starre Vorschriften im Weg, um eine zielgerichtete Überwachung durchzuführen. Nur mit zeitgemässen polizeilichen Mitteln können Anschläge und Attacken verhindert werden, bevor sie passieren – zum Schutz von uns allen¹⁷.

Dramatisch für die Sicherheitsbehörden wäre, wenn die Verträge von Schengen/Dublin wegfallen würden. Sie bieten heute mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) eine entscheidende Plattform, die die Grenzschutz, die Polizei und den Nachrichtendienst des Bundes mit kritischen Informationen versorgt. Rund 350 000-mal befragt die Schweiz heute das SIS – jeden Tag. Die Behörden finden darin unverzichtbare Warnungen zur grenzüberschreitenden Kriminalität, zu islamistischen Gefährdern und zum Schlepperwesen.

7 Gefängnisplätze zur Verfügung stellen

Die Gefängnisse in der Schweiz platzen aus allen Nähten. 2025 lag die Belegungsrate insgesamt bei 94,5 Prozent, manche Anstalten waren zu mehr als 100 Prozent belegt. Dieser Platzmangel hat abstruse Folgen. Vielerorts können sich verurteilte Täter weigern, eine Geldstrafe zu bezahlen. Zwar würde die Geldstrafe dann eigentlich in eine Haftstrafe umgewandelt. Doch weil die Gefängnisplätze fehlen, muss die Ersatzhaft gar nie angetreten werden und die Strafe verjährt. Ein Missstand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden spottet.

Die Lösung liegt auf der Hand: In der Schweiz müssen immer genügend Gefängnisplätze zur Verfügung stehen, damit der Strafvollzug wieder funktioniert. In der Not können Container aufgestellt werden. Um rasch die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, gehören die Belegungsvorschriften angepasst. Wenn die Linke den Bau neuer Gefängnisse blockiert, muss sie sich nicht darüber beschweren, dass es in den Zellen enger wird.

Obwohl nur spärlich verfügbar (siehe Punkt 4), legen Erhebungen zudem nahe, dass die Gefängnisplätze zum grössten Teil von ausländischen Straftätern belegt werden. Laut Schätzungen haben rund 70 Prozent der Insassen einen ausländischen Pass. Die FDP fordert den Bundesrat auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Strafvollzug für kriminelle Staatsangehörige der problematischsten Länder (insbesondere Algerien, Marokko und Tunesien) in ihren Heimatländern vollzogen werden kann. Dass dies möglich ist, zeigt schon heute der Überstellungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Kosovaren, die in der Schweiz verurteilt wurden, können unter gewissen Voraussetzungen gezwungen werden, ihre Freiheitsstrafe im Kosovo zu verbüssen.

⁷ Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS); Jahresbericht 2024

⁸ Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Bern 2024

⁹ Mo. FDP-Liberale Fraktion 23.3533 Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen

¹⁰ Mo. Gössi 25.3292 Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen

¹¹ Po. Müller 23.3837 Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren

¹² Mo. Müller 24.3373 Migrationsabkommen mit Marokko anstreben

¹³ Mo. Müller 23.3032 Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex

¹⁴ Mo. Gössi 23.4440 Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat

¹⁵ Lagebericht NDB «Sicherheit Schweiz 2024»

¹⁶ Mo. de Quattro 24.3495 Schaffung einer auf die Terrorismusbekämpfung spezialisierten Strafverfolgungsbehörde des Bundes

¹⁷ Mo. de Quattro 25.4559 Stopp dem Gewaltextremismus: Es braucht eine bessere nachrichtendienstliche Kontrolle von gewalttätigen und extremistischen Personen

8 Opfer schützen

Die heutigen Abläufe und Verfahren in Ermittlung und Strafverfolgung werden den Bedürfnissen der Opfer zu wenig gerecht – von der Anzeige bis zur Verurteilung. Opfer erleben Strafverfahren vielfach als belastend und wenig opfergerecht. Sie müssen immer noch damit rechnen, mit unangemessenen Fragen konfrontiert zu werden («Wie lange war der Rock, den Sie trugen?»). Wenn es im Verlauf des Verfahrens zu einer persönlichen Konfrontation zwischen dem Opfer und dem Täter kommt, muss das Opfer die traumatische Erfahrung ein zweites Mal durchleben. Ziel muss es sein, Befragungen professionell, respektvoll und rechtsstaatlich korrekt zu führen. Hinzu kommt, dass Strafverfahren oft lange dauern, wodurch das Risiko besteht, dass die Gewalt des Täters weiter eskaliert.

Diese Umstände schrecken viele Betroffene oftmals davor ab, eine Anzeige zu erstatten. Zusätzlich erschweren bürokratische Hürden, wie etwa für Laien kaum verständliche Formulare und Abläufe, den Zugang zur Justiz. Die FDP fordert deshalb eine Stärkung der Opferrechte. Besonders gefährdet sind Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist inakzeptabel, dass sie gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlas-

sen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Dadurch werden sie gleich doppelt zu Opfern: Sie erleiden Gewalt und verlieren ihr Zuhause. Die FDP fordert, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss und sie nicht mehr betreten darf¹⁸. Um den Schutz der Opfer nach solchen Vorfällen oder bei Freilassung der Täter zu garantieren, fordern wir Freisinnigen die landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM), wie es im Kanton Zürich bereits praktiziert wird. Es braucht aber nicht nur die Überwachung, sondern auch die unmittelbare Intervention. Die Polizei muss sofort eingreifen, wenn ein Täter den geschützten Bereich betritt, und das Opfer muss bei Annäherung des Täters alarmiert werden.

¹⁸ Pa. Iv. de Quattro 21.410 Wer schlägt, geht!

Das fordert die FDP:

- › Grundsätzlich keine bedingten Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- › Genügend Personal, zweckmässige Ausrüstung und solide Ausbildung für Polizei und Staatsanwaltschaft
- › Rasche Einführung einer interkantonalen Polizeidatenbank
- › Verdoppelung der Dauer vorläufiger Festnahmen auf 48 Stunden
- › Konsequente Repression bei harten Drogen wie Crack und Fentanyl
- › Erhebung von Zahlen zur Überrepräsentation von Nationalitäten bei Kriminellen
- › Sicherung des Fortbestands der Verträge von Schengen/Dublin
- › Bilaterale Rückübernahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten
- › Genügend Gefängnisplätze dank angepassten Belegungsvorschriften
- › Konsequente Wegweisung der Täter aus der gemeinsamen Wohnung bei häuslicher Gewalt
- › Griffige Instrumente für die Verbrechensbekämpfung im digitalen Raum
- › Landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM)

«Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustüre offenliess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!»

Schaffen wir gemeinsam die Heiratsstrafe ab!

Die 7 wichtigsten Fragen und Antworten zur Individualbesteuerung

1. Welches sind die zwei Nachteile des heutigen Systems?

Unser derzeitiges Steuersystem hat zwei grosse Nachteile: die Heiratsstrafe und die Zweitverdienerstrafe.

Die **Heiratsstrafe** entsteht, weil die gemeinsame Besteuerung und die Steuerprogression zu einer teilweise höheren Steuerlast für Ehepaare führen als für Konkubinatspaare. Besonders betroffen sind dabei Paare mit einer ausgewogenen Aufgabenteilung und einem hohen Einkommen.

Die **Zweitverdienerstrafe** verhält sich ähnlich. Verheiratete Zweitverdienende zahlen aufgrund der gemeinsamen Besteuerung oft mehr Steuern als Unverheiratete. Je höher das Einkommen der hauptverdienenden Person ist, desto stärker wird das Einkommen der zweitverdienenden Person besteuert.

2. Wie wirkt sich die Rollenverteilung der Ehegatten auf das Steuersystem aus?

Mit der Einführung der Individualbesteuerung würden Einverdienerhepaare gegenüber Zweiverdienerhepaaren mit identischem Gesamteinkommen steuerlich benachteiligt werden.

Bereits 1984 hat das Bundesgericht festgehalten, dass das heutige Steuersystem sogar verfassungswidrig ist (BGE 110 Ia 7)!

Die Individualbesteuerung ist tendenziell verfassungskonform und 2026 zeitgemäss.

3. Soll die Ehe eine steuerlich privilegierte Institution werden?

Nein. Die Bevorzugung der Ehe wird damit begründet, dass die Ehegatten einander zu Unterhalt verpflichtet sind. Gleichzeitig bestehen aber auch ausserhalb der Ehe bei gemeinsamen Kindern oder nach einer Scheidung Unterhaltspflichten.

Im Falle des Splittings begünstigt das Modell nicht die Ehe als solche, sondern nur die traditionelle Einverdienerhe.

Ein zivilstandsabhängiges Steuersystem erscheint demnach nur schwer begründbar.

4. Schwächt die Individualbesteuerung die Institution Ehe?

Nein. Die Besteuerung würde zivilstandsunabhängig erfolgen, die Ehe würde weder privilegiert noch benachteiligt werden.

Zudem würde die Heiratsstrafe endlich abgeschafft werden. Die Individualbesteuerung stärkt also die Ehe als Institution und die damit verbundenen institutionellen Garantien wie beispielsweise der hälftige Vorsorgeausgleich.

Die Individualbesteuerung lässt die Institution Ehe unberührt.

5. Werden negative Erwerbsanreize wirklich beseitigt?

Ja. Der Bund rechnet mit zusätzlichen 10 000–47 000 Vollzeitstellen, während externe Studien teilweise von noch höheren Effekten ausgehen.

Allgemein gilt, dass ein Steuersystem, welches negative Erwerbsanreize setzt, dem Arbeitsmarkt massiv schadet und somit langfristig nicht zukunftsfähig ist.

Die Individualbesteuerung beseitigt negative Erwerbsanreize vollständig.

6. Wäre das Splitting denn nicht besser als die Individualbesteuerung?

Nein. Beim Splitting würden einfach Einverdienerhepaare bevorzugt werden und die Zweitverdiener-

strafe bliebe bestehen. Das Splitting, welches auf kantonaler Ebene verbreitet ist, wurde zudem vom Bundesrat bereits 2024 klar abgelehnt (Stellungnahme vom 26. Juni 2024 zur Mitte-Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare»).

Das auf kantonaler Ebene verbreitete Splittingssystem ist also keine Lösung.

7. Ist die Individualbesteuerung tatsächlich ein Bürokratiemonster?

Initial gibt es einen Zusatzaufwand. Jedoch wird der Aufwand bei Wechselfällen (Heirat, Trennung, Scheidung, Tod, Wiederheirat) oder Haftungsfällen bei Zahlungsunfähigkeit eines Ehegatten entfallen. Dies daher, da beide Ehegatten neu individuell besteuert werden. Zudem kann der Automatisierungsgrad aufgrund breiterer Datenbasis erhöht werden, was den bürokratischen Aufwand langfristig verringert.

Die Individualbesteuerung führt auf lange Sicht trotz grösserem Initialaufwand zu Vereinfachungen.

Quelle: Prof. Dr. iur. Andrea Opel, Universität Luzern



Fanny Dietschi,
Redaktion «Schweizer Freisinn»

600 Millionen Franken weniger Steuern

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wird endlich Steuergerechtigkeit schaffen

Am 8. März können wir endlich die ungerechte Heiratsstrafe abschaffen. Das ist für uns FDPlerinnen und FDPler eine einmalige Chance, denn die FDP setzt sich schon seit Jahren für die Individualbesteuerung ein.

Was mich besonders freut: Während der Staat den Leuten auf allen Ebenen immer mehr Mittel aus der Tasche zieht, geht es bei diesem Projekt endlich einmal in die andere Richtung. 600 Millionen Franken Steuergelder muss der Mittelstand weniger abliefern. Wann hat es das zuletzt gegeben? Es ist das Resultat eines sorgfältig austarierten Kompromisses, auf den sich das Parlament geeinigt hat – und wir stehen voll dahinter.

Die Reform eröffnet die Chance, auf kantonaler Ebene neue, bessere Lösungen zu diskutieren. Damit das Steuersystem endlich einfacher wird. Es handelt sich also nicht um eine abstrakte Umgestaltung, sondern um eine konkrete Erleichterung für die Menschen in unserem Land. Die FDP setzt sich seit Jahren für Vereinfachungen ein – und ebenso konsequent für die Individualbesteuerung.

Heiratsstrafe abschaffen

Heute zahlen viele verheiratete Paare mehr Steuern als unverheiratete Paare mit vergleichbarer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Hauptgrund: Bei Verheirateten werden die Einkommen zusammen gerechnet. Damit rutscht das Zweiteinkommen in eine höhere Progression, die Heiratsstrafe schlägt zu. Das ist unfair und verletzt das Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Bundesgericht hat bereits am 13. April 1984 festgehalten, dass der Steuergesetzgeber Ehepaare nicht stärker belasten darf, nur weil sie verheiratet sind.

Und genau dies korrigieren wir mit dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Künftig füllt jede Person ihre eigene Steuererklärung aus und bezahlt Steuern auf das eigene Einkommen und Vermögen – unabhängig vom Zivilstand. Der Effekt: Rund 50 % zahlen dann weniger Steuern, bei 36 % ändert sich nichts, und nur wenige werden leicht mehr belastet.

Steuerbehörden, macht eure Arbeit

Für die Steuerbehörden ist diese Umsetzung ohne Schwierigkeiten machbar. Das bestätigt etwa der Städteverband, der diese Anpassung befürwortet. Unverheiratete Paare, sogenannte Konkubinatspaare, werden schon heute so veranlagt; die Regeln sind erprobt und in allen Kantonen bekannt. Es gibt einen einmaligen Umstellungsaufwand, aber die zunehmende Digitalisierung und eine Übergangsfrist von sechs Jahren machen ihn überschaubar. Entscheidend ist nicht die Anzahl Dossiers, sondern deren Komplexität. Und genau diese Komplexität nimmt mit der Individualbesteuerung ab.

Denn das heutige System ist nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch: Heirat (mehr als die Hälfte der Bevölkerung), Scheidung (40 % der Ehen), erneute Heirat oder Todesfall führen immer wieder zu Umstellungen. Bei der Individualbesteuerung fallen diese Brüche weg und die Besteuerung wird klarer. Darüber hinaus werden auch die Abzüge vereinfacht und transparenter.

Positive Wirkung auf den Schweizer Arbeitsmarkt

Die Individualbesteuerung hat eine positive Wirkung auf unseren Arbeitsmarkt. Jede zusätzlich geleistete

Arbeitsstunde lohnt sich, weil das tiefere Zweiteinkommen – häufig jenes der Frau – nicht mehr durch die Steuerprogression «weggefressen» wird. Viele würden bei individueller Besteuerung ihre Arbeitspensen erhöhen. Eine vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie rechnet mit einem Beschäftigungseffekt von bis zu 44 000 Vollzeitstellen. Somit ist die Individualbesteuerung ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel, führt zu mehr Erwerbsarbeit, dämpft die Zuwanderung, stärkt damit die Altersvorsorge vieler Paare und reduziert die Altersarmut – gerade bei Frauen.

Darum sagen auch Sie am 8. März, am Internationalen Tag der Frau, aus Überzeugung Ja zur Einführung dieses Bundesgesetzes. Die nun vorliegende Vorlage des Bundesrats und des Parlaments behandelt Frauen und Männer gleich, schafft damit ENDLICH die Heiratsstrafe ab, führt zu mehr Steuergerechtigkeit und zu höherer Erwerbstätigkeit. Das Gesetz ist umsetzbar und vereinfacht unser Steuersystem massiv.



Christian Wasserfallen,
Nationalrat Kanton Bern

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees «NEIN zur Klimafonds-Initiative» am 20. Januar 2026. Bild: Adrian Michel



Die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen ist ein typischer Vorschlag linker Parteien. Die Lösung ist einfach: Geld. Oder besser: Sehr viel Geld soll es richten. Ein Plan, wofür es benötigt wird oder wer es bezahlen soll, fehlt.

NEIN zur finanziellen Belastung künftiger Generationen!

Die Initianten wollen mit der ganz grossen Kelle anrichten: Bis zu 10 Milliarden Franken sollen pro Jahr zusätzlich für das Klima ausgegeben werden. Bis zum Jahr 2050 summiert sich das auf die astronomische Zahl von 200 Milliarden Franken. Diese Mittel sind weder im Bundesbudget vorhanden noch durch Einnahmen gedeckt. Die Linken wollen auf Pump leben und die Rechnung den jungen Generationen zuschieben. Wer ständig von Nachhaltigkeit spricht, aber Schulden in dieser Höhe macht, handelt verantwortungslos. Das ist das exakte Gegenteil von generationengerechter Politik.

NEIN zu massiven Steuererhöhungen!

Wer glaubt, ein solcher Mega-Fonds liesse sich ohne Folgen für das eigene Portemonnaie finanzieren, irrt gewaltig. Um dieses Milliardenloch zu stopfen, wären massive Steuererhöhungen unumgänglich. Konkret müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Zum Vergleich: Für die Finanzierung der 13. AHV-Rente werden lediglich 0,7 Prozentpunkte benötigt – also knapp ein Viertel dieser Belastung. Eine solche Erhöhung würde das tägliche Leben massiv verteuern: Vom Wocheneinkauf bis zum Coiffeurbesuch würde alles spürbar teurer werden. Besonders hart träfe

dies den Mittelstand und Menschen mit geringen Einkommen. Die Initiative ist somit ein klassischer Schuss ins eigene Knie.

NEIN zur Finanzierung aller Schnapsideen!

Anders als bei den hohen Beträgen ist noch überhaupt nicht klar, wofür man die Mittel ausgeben will. Bestehende, funktionierende Subventionen und Förderprogramme werden schlicht ignoriert. Wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen? Fehlanzeige. Anstatt auf bewährte Mechanismen zu setzen, soll der Staat eigenmächtig bestimmen, welche Branchen, Technologien und Lebensbereiche er fördert. Diese Machtkonzentration entmachtet den Markt und untergräbt die Eigenverantwortung der Bürger. Eine solche staatliche Lenkung führt zwangsläufig zu Ineffizienz, Bürokratie und krassen Fehlentscheidungen. Am Ende droht eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern für visionäre, aber völlig praxisferne Schnapsideen.

NEIN zur grünen Planwirtschaft!

Echte ökologische Innovation entsteht durch Freiheit, Forschung und Unternehmertum – nicht durch ein Bürokratiemonster, das Milliarden nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Die Initiative will die Schweizer Wirtschaft in ein enges Korsett staatlicher Vorgaben zwingen und einen Selbstbedienungsladen für

ideologische Projekte schaffen. Doch ein staatlicher Planer kann Fortschritt nicht erzwingen. Das Ergebnis eines solchen «grünen Traums» ist eine ineffiziente Lenkung, die Innovationen eher behindert als fördert und die Schweiz international wettbewerbsunfähig macht.

NEIN zu einer «Klima ist wichtiger als alles andere»-Mentalität!

Der Klima-Schuldenfonds würde jährlich bis zu zehn Prozent des gesamten Bundesbudgets binden. Dieses Geld würde an allen Ecken und Enden fehlen: bei der Sicherheit (Armee und Polizei), der Gesundheit, der Bildung, dem Strassenbau, der Landwirtschaft und den Sozialausgaben. Eine einseitige Priorisierung zulasten aller anderen staatlichen Kernaufgaben ist brandgefährlich. Wir können es uns nicht leisten, das gesamte Staatsbudget einer einzigen ideologischen Agenda unterzuordnen und dabei die Grundversorgung und die Sicherheit unseres Landes zu gefährden.



Christian Steiner,
Fraktionssekretär

HÖHERE STEUERN. MEHR SCHULDEN.

Am 8. März

NEIN

ZUM **KLIMA-SCHULDENFONDS**

klimafonds-nein.ch



Was die FDP empfiehlt

Unsere Parolen für die nationalen Abstimmungen
vom 8. März 2026

Abstimmung vom 8. März 2026

Individualbesteuerung



*Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBI 2025 2033).

Abstimmung vom 8. März 2026

SRG-Initiative



*Volksinitiative "200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)" (BBI 2025 2887).

Abstimmung vom 8. März 2026

Klimafonds-Initiative



*Volksinitiative "Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)" (BBI 2025 2888).

Abstimmung vom 8. März 2026

Bargeld-Initiative



*Volksinitiative "Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)".

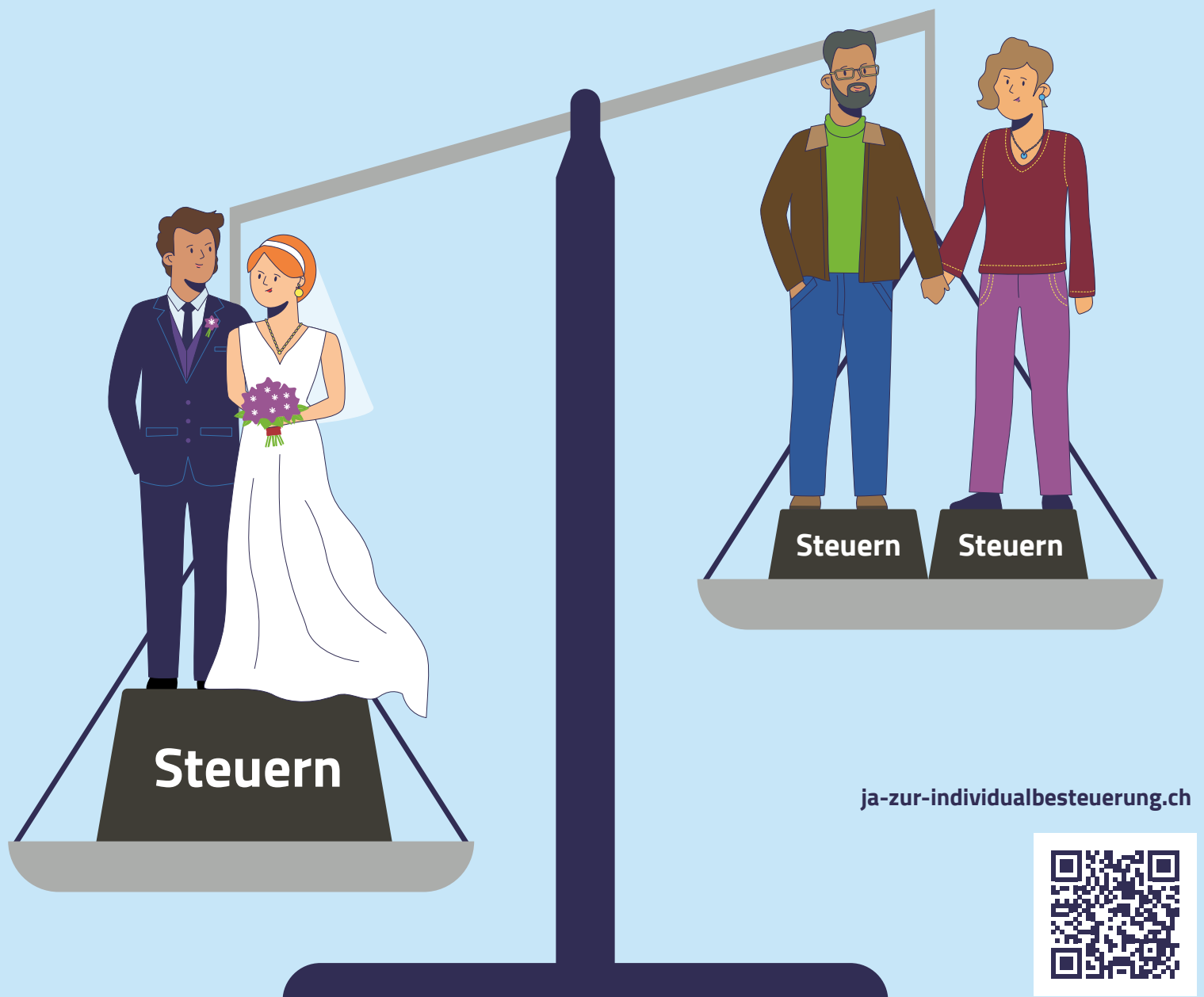
Abstimmung vom 8. März 2026

Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative



*Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBI 2025 2885 2886).

Heiratsstrafe abschaffen



JA zur Individualbesteuerung
8. März 2026